

Verantwortl. Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.  
Verleger und Drucker: R. Großmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.  
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht  
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Beilage oder deren Raum im Morgenblatt  
15 Pf., im Abendblatt und Neblen 30 Pf.

Annahme von Inseraten Kirchplatz 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren  
Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasensteins & Vogler  
G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max  
Gerstmann, Otto Thiele. Elberfeld W. Thienes. Greif-  
wald G. Illies. Halle a. S. Jul. Bark & Co. Hamburg  
Heinr. Eisler, Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens,  
Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

### Deutschland.

Berlin, 7. März. Die „Nat.-Lib. Corr.“  
schreibt:

Das Reichstagspräsidium ist, wie man hört,  
noch immer entschlossen, die Session vor Ostern,  
wenn irgend möglich, zu Ende zu bringen, haupt-  
sächlich wegen der Ausfalligkeit, die Arbeiten  
bei der fortwährenden Beschäftigung nach je-  
ner Zeit noch mit Erfolg fortsetzen zu können.  
Auch der Senatorenkonvent hat sich in seiner  
jüngsten Sitzung überwiegend in diesem Sinne  
ausgesprochen und auch die Regierung soll damit  
eindeutlich und auf einige ihrer Vorlagen zu-  
rückt zu verzichten bereit sein. Dahin würden  
insbesondere das Trunfungs- und das Unstills-  
heitsgesetz, sowie die Vorlage über den militäri-  
schen Verrat gehören.

Um Reichstag ist in diesen Tagen bei  
einer Anregung zur Veränderung des deutschen  
Konstitutionswesens mehrfach von den einschlägigen neuen  
Bestimmungen in Frankreich die Rede gewesen.  
Von der einen Seite wurden diese Bestimmungen  
als Muster empfohlen, von anderer Seite wurde  
vor ihnen gewarnt. Es sind im wesentlichen die  
folgenden. Erstens wird in erster Linie, daß je-  
der konstitutionale Beamte auf seinem Posten bleibt  
und dort je nach dem Dienstalter den Rang und  
das Gehalt eines General-Konstuls zu erhalten  
im Stande ist. Ferner sollen die Ränge an  
Konstulaten und Befehlshabern ebenso wie die  
Dolmetscher unter Befehl in ihrer ursprüng-  
lichen Tätigkeit nach dem Dienstalter bis zum  
Konstul erster Klasse und eine Anzahl Dolmets-  
cher an der orientalischen Akademie in Paris und  
bei der Hofkapelle in Konstantinopel sogar bis  
zum General-Konstul aufrücken können. Die Zahl  
der ordentlichen General-Konstuln ist auf 40, die  
der Konstuln erster auf 50, zweiter Klasse auf 80,  
die der Vize-Konstuln auf 100 und die der Kon-  
stul-Gleichen auf 24 bemessen. Das etatsmäßige  
Gehalt beträgt für die letzteren 4000 Mk. und  
steigt bis 18,000 Mk. für die General-Konstuln.  
Dazu kommen aber je nach den besonderen Ver-  
hältnissen des Ortes Zuschläge in ganz verschiede-  
ner Höhe. Für das Aufsteigen in einen höheren  
Rang ist bei den konstitutionalen Beamten je eine  
Dienstzeit von drei Jahren, bei den Rängen  
und Dolmetschern von zehn Jahren festgesetzt  
worden. Damit ist dem Minister des Auswärtigen  
die Möglichkeit an die Hand gegeben, einem  
erst hervorgehobenen Uebelstand ein Ziel zu setzen,  
denn jeder Konstul wird fortan, wie es seitens  
der englischen Verwaltung schon längst geübt  
wird, auf seinem Posten, wo er sich einleben und  
genau mit allen Verhältnissen vertraut machen  
kann, die angemessene Verordnungen erfahren. Es  
wird ihm zugleich der wichtigste Anlaß zu Unru-  
fen und Mißbehagen genommen. Nicht  
mindestens ferner wird sich der Einfluß des  
neuen Gesetzes auf Konstuln- und Dolmetscher-  
ämtern. Tüchtige Leute werden nicht mehr durch  
Zurücksetzung wie bisher verstimmt und verbittert  
werden oder für ihr Fach, in dem sie Gutes  
leisten, verloren geben. Zugleich wird auch die  
Verbesserung der Vize-Konstuln, welche bisher ganz  
willkürlich war und meist arg vernachlässigt  
wurde, gründlich geändert. Die jungen Leute,  
die fortan zum Konstulatsdienst auf Grund der  
erforderlichen Prüfung zugelassen werden, sollen  
erst ein Jahr im Ministerium und dann minde-  
stens ebenso lange an einer Handelskammer ar-  
beiten. Nachher müssen sie mindestens 1½ Jahr  
im Auslande bei einer französischen Vertretung  
thätig sein, ehe sie zu Vize-Konstuln ernannt wer-  
den. Man bezweckt dadurch, ihren Sinn für  
Bürokratie und Handel und Gewerbe zu schärfen  
und ihnen das nötige praktische Wissen beizubrin-  
gen, ohne das ein konstitutionaler Beamter sein  
Posten nicht ausfüllen kann.

Die Kommission des Abgeordnetenhauses  
für das Volksschulgesetz begann am Sonn-  
abend die Erörterung des Antrages der National-  
liberalen, Deutschfreisinnigen und Freisinnigen  
auf Umarbeitung des dritten Abschnitts des  
Entwurfs, der von der Verwaltung der Volks-  
schulangelegenheiten und den Schulbehörden han-  
delt. Hier steht insbesondere die beabsichtigte  
Veränderung der Stadtschuldeputationen, ihre Auf-  
lösung in konfessionelle Vorstände der einzelnen  
Schulen, somit die Gefährdung der bisherigen ge-  
seitsamen Entwicklung des städtischen Schul-  
wesens, weiter die Schulaufsicht in Frage. Wir  
haben die Normen mitgeteilt, nach denen die  
drei Minderheits-Parteien den Abschnitt umge-  
arbeitet wissen wollen. Wie der Bericht über  
die gestrige Kommissionssitzung ergibt, äußerte  
der Minister Graf Jellich sehr wenig ent-  
gegenkommend für das Bestreben, bisher bewährte  
Einrichtungen beizubehalten: die äußerste Zu-  
spitzung der Konfessionalität, der diese Einrichtun-  
gen geopfert werden sollen, ist und bleibt eben  
der leitende Gesichtspunkt. Und nach den Reden  
der liberalen und konservativen Mitglieder, welche  
gestern das Wort nahmen, ist zu befürchten, daß  
diese beiden Parteien auch hier ihr schulpolitische  
„Prinzip“ höher stellen werden, als die Rücksicht  
auf die Fortentwicklung des Schulwesens. Die  
Verhandlung hat nicht zu Ende, sondern wurde  
auf Montag vertagt.

Das „Marine-Verordnungsblatt“ ver-  
öffentlicht folgende Verordnungen:  
Abzeichen für Offizier- und Stell-  
vertreter.

Nach bestimme, daß Mannschaften der Marine,  
welche nach Eintritt der Mobilmachung zur  
Dienstleistung in Offiziersstellen herangezogen  
werden, von Offiziersabzeichen, das silberne Portepoe  
und — als besonderes Offizier-Stellvertreter-Ab-  
zeichen — Schulterklappen mit dem Abzeichen  
ihrer Branche, bez. dem Emblem der Seebatal-  
lone und mit einer Einfassung von goldener 16  
mm breiter Tresse auf den Rocken, bez. Jacken  
und Waffentrocken, den Ueberziehern, Mänteln,  
Vorjacken und Schifferdecken zu tragen haben.  
Sie haben hiernach das Weitere zu veran-  
lassen.

Berlin, den 22. Februar 1892.

Wilhelm.

An den Reichskanzler (Reichs-Marine-Amt).

Ich bestimme hinsichtlich der Rekrutierung  
der Marine für 1892—93 nachstehendes: 1. Ent-  
lassung der Marine-Reservisten: a) Die Ent-  
lassung der Mannschaften der Marineheile am  
Land und der Befehlshaber der in heimischen  
Gewässern befindlichen Schiffe hat in der zweiten  
Hälfte des Monats September 1892 stattzufinden.  
b) Die Delonnie-Handwerker der West-  
divisionen sind am 29. September 1892 zu ent-  
lassen.

Wilhelm.

An den Reichskanzler (Reichs-Marine-Amt).

Ich bestimme hinsichtlich der Rekrutierung  
der Marine für 1892—93 nachstehendes: 1. Ent-  
lassung der Marine-Reservisten: a) Die Ent-  
lassung der Mannschaften der Marineheile am  
Land und der Befehlshaber der in heimischen  
Gewässern befindlichen Schiffe hat in der zweiten  
Hälfte des Monats September 1892 stattzufinden.  
b) Die Delonnie-Handwerker der West-  
divisionen sind am 29. September 1892 zu ent-  
lassen.

lassen. II. Einstellung der Rekruten. Die Zahl  
der einzustellenden Rekruten und die Einstellungs-  
termine sind nach dem vorhandenen Bedarf  
innerhalb der Grenzen des Etats festzusetzen.  
Berlin, den 29. Februar 1892.

Wilhelm.

An den Reichskanzler (Reichs-Marine-Amt).  
Wie Telegramme aus Darmstadt  
melden, war der Zustand des Großherzogs am  
Sonntagabend äußerst bedenklich, er konnte nicht  
sprechen, das Bewußtsein war bereits getrübt,  
auch litt er an starker Athemnoth, so daß für die  
Nacht das Schlimmste befürchtet wurde. Prinz  
und Prinzessin Heinrich von Preußen sind in  
Darmstadt eingetroffen. Der Großherzog wird  
von Nizza erwartet. Der Großherzog war noch  
am Freitag bei der Tafel recht heiter und bei  
bestem Appetit; beim Dessert aber erkrankte  
Krankheit. Hilfsarzt Dr. von Roder bemerkte  
dann plötzlich eine Veränderung im Gesicht des  
Großherzogs, als ob derselbe heftigen Zahnschmerz  
hätte; der Großherzog äußerte: „Ich kann nicht  
mehr sitzen,“ worauf der Adjutant ihn aufstieß.  
Die herbeigeholten Aerzte erklärten sofort seinen  
Zustand für sehr bedenklich, worauf der Groß-  
herzog, Großfürst Sergius, Prinz Heinrich von  
Preußen, Kaiser Wilhelm und die Königin von  
England telegraphisch benachrichtigt wurden.

Die Nacht vom Sonntag zum Montag  
war für den Großherzog ruhig, im Uebrigen der  
Zustand unverändert. Ein Sonntag vom Ge-  
heimrath Ruzmaul mit unterzeichnetes Vulkettin  
von 1 Uhr Mittags über das Befinden des Groß-  
herzogs besagt, daß die Lähmung der rechten Kör-  
perhälfte und das Unvermögen der Sprache fort-  
dauern; die Kräfte sind im Allgemeinen bis jetzt  
erhalten.

Einem um 6 Uhr Abends ausgegebenen Vul-  
kettin zufolge ist das Befinden des Großherzogs  
im Laufe des Nachmittags unverändert ge-  
blieben. — Geheimrath Ruzmaul ist wieder ab-  
gereist.

Die Heidelberger Nationalliberalen haben  
auf ein Ergebnis- und Dankfests-Telegramm,  
das sie am vorigen Sonntag bei der  
Feier des fünfzigjährigen Bestehens ihrer  
Partei nach Friedrichshagen gerichtet haben, folgende  
Antwort erhalten:

„Friedrichshagen, 29. Februar 1892. Für Ihre  
freundlichen Telegramm bitte ich Sie und die be-  
teiligten Herren meinen verbindlichen Dank  
entgegenzunehmen. Ihre wohlwollende Begrüßung  
erreichte mich als Erinnerung an die Sympathien  
und den Beistand, welchen ich zur Zeit der Ver-  
gründung des Reiches bei den Nationalliberalen  
gefunden habe. v. Bismarck.“

Für heute Vormittag um zehn Uhr war  
von den unabhängigen Sozialisten eine Volksver-  
sammlung nach der Braueri Friedrichshagen ein-  
berufen worden, die von etwa tausend Personen  
besucht war. Erörtert wurde die Haltung der  
Sozialdemokratie, welche diese Partei in ihrem  
Zentralorgan den Krawallen der letzten Woche  
gegenüber eingenommen hat. Die Unabhängigen  
identifizierten sich somit, was die einleitende Rede  
anlangt, als auch in der Diskussion mit der De-  
monstration und den Unruhestiftern. Es wurde  
festgestellt eine Resolution angenommen, welche  
die Haltung des „Vorwärts“ verurteilt und für  
einen Verrat an der Sache des Proletariats er-  
klärt. Die Versammlung nahm einen ruhigen  
Verlauf und die Teilnehmer begaben sich still  
nach Hause. Die Polizei war sehr stark aufge-  
boten; ein Hauptmann und einige Polizei-Reuten-  
nants waren zur Stelle. Man hatte jedenfalls  
die Möglichkeit erneuter Demonstrationen in's  
Auge gefaßt.

München, 6. März. Die bayerische Prin-  
zessin Amalie, älteste Tochter des Herzogs Karl  
Theodor in Bayern aus dessen erster Ehe, hat sich  
am Sonntagabend mit dem Herzog Wilhelm von  
Urach verlobt. Prinzessin Amalie ist am 24. De-  
zember 1864 in München geboren. Ihre am 9.  
März 1867 verstorbenen Mutter war die Prin-  
zessin Sophie von Sachsen. Herzog Wilhelm von  
Urach, Graf von Württemberg, ist am 3. März  
1864 in Monaca geboren, Sohn des am 17. Juli  
1869 verstorbenen Herzogs Wilhelm. Er ist Mit-  
glied im 1. württembergischen Infanterie-Regiment  
Karl Nr. 19, Ehrenritter des Malteser-  
ordens. Urgroßmutter des Bräutigams war Wil-  
helmine Freiin von Tumberfeld, nachmals Bur-  
gräfin Rhodis und später Prinzessin.

Belgien.

Brüssel, 6. März. (W. T. V.) Seit eini-  
gen Tagen ist eine geheime Untersuchung einge-  
leitet, welche sich mit einem Verbrechen eines Un-  
terleits gegen das Hotel der spanischen Gesand-  
tschaft beschäftigt. Die festgestellten Tatsachen  
sollen denjenigen analog sein, die bei dem Attentat  
gegen das Pariser Hotel der Prinzessin von  
Sagan ermittelt wurden.

Frankreich.

Paris, 3. März. Es ist ein beliebtes  
Thema bei den Franzosen, über die Strenge und  
Grafamkeit der deutschen Militärgerichtsbarkeit zu  
fragen und sie mit den angeblich so humanen  
Einrichtungen der französischen Armee zu ver-  
gleichen. Eine eigenartige Beleuchtung dieser  
Seite bietet folgende Depesche des „Matin“ aus  
Algier: „Der im Monat November zum Tode  
verurteilte Soldat Rieffer der Fremdenlegation ist  
hente Morgen in Gegenwart der gesamten Gar-  
nison und einer zahlreichen Volksmenge erschossen  
worden. Es bleiben noch im Militärgefängnis  
acht andere zum Tode verurteilte Soldaten, und  
man glaubt, daß weitere Hinrichtungen stattfinden  
werden. Heute Morgen wurde auch in Albi der  
Soldat Mazuyer erschossen, der zum Tode  
verurteilt war, weil er einen Unteroffizier ins  
Gesicht geschlagen hatte.“ Die Mehrzahl dieser  
Todesurtheile fällt auf die Fremdenlegation, zu der  
bekanntlich die Elsaß-Lothringer ein starkes Kon-  
tingent stellen. Man sieht, daß mit ihnen nichts  
weniger als zart umgegangen wird, und in  
vielen Fällen mag das ja auch nicht unberechtigt  
sein. Wenn man aber damit die Tatsache ver-  
gleicht, daß in der deutschen Armee seit 1871 kein  
einziges Soldat wegen eines militärischen Ver-  
brechens erschossen worden ist — mit Ausnahme  
des Matrosen von Wülfersdorf, der aber nicht  
erschossen wurde und überhaupt nicht erschiene —  
so scheint es denn doch, daß der „Militarismus“  
in Deutschland weit milder und erträglicher ist,  
als der in Frankreich. Die vielen zum Eintritt  
in die Fremdenlegation verführten jungen Elsässer  
können sich an diesen Vorgängen ein warnendes  
Beispiel nehmen. Sie haben schon die recht

große Aussicht, den verschiedenen „trodenen  
Guillotine“ zu erliegen, denen sie zugeführt  
werden. Dort werden sie vorzugsweise als Ra-  
nonenfutter benutzt, und außerdem eröffnet sich  
ihnen auch noch die Aussicht, bei einem in der  
deutschen Armee gar nicht als todeswürdig be-  
trachteten Vergehen standrechtlich erschossen zu  
werden.

Paris, 5. März. In dem heute Vormittag  
gehaltenen Ministerrathe wurde beschlossen, die  
Ministerrathe zu wählen, welche verfassungsmäßig  
am ersten Sonntag im Mai stattzufinden haben,  
in diesem Jahre trotz etwaiger Rundgebungen be-  
reits auf den 1. Mai festzusetzen. Diese Meldung  
erhielt dadurch einen komischen Beigeschmack,  
daß Konstantin bereits hatte ankündigen lassen, die Mi-  
nistralwahl würden angesichts aller Drohungen  
der Sozialisten unter allen Umständen am 1. Mai,  
der eben in diesem Jahre auf einen Sonntag  
fällt, stattfinden. Wenn also das Kabinet Coubet  
mit derselben Erklärung hervorritt, so beweist es  
nicht, eben einen besonders bemerkenswerten  
Muth, zumal da ein abweichendes Verhalten mit  
der Verfassung nicht in Einklang zu bringen ge-  
meint wäre. Da die neugebildete „konstitutionelle  
Rechte“ mehrfach als eine Stütze des Kabinetts  
Coubet bezeichnet worden ist, so muß auf das un-  
günstige Debut dieser Gruppe bei der Abstim-  
mung über das jüngste Vertrauensvotum hin-  
gewiesen werden. Der „Temps“ schert über  
dieses verfehlte Debut der konstitutionellen Re-  
chten, deren Bildung er freudig begrüßt hatte. Die  
Gruppe hat sich einen Präsidenten, einen Vize-  
präsidenten, einen Schriftführer und einen  
Quästör, kurz Alles geleistet, was ihre Wirksam-  
keit sichern sollte, und auch eine kleine Prinzipien-  
Erklärung hat sie sich gegönnt. Jetzt hatte sie  
sich nur noch Gelegenheit, Stellung zu nehmen  
und Farbe zu bekennen, zu wünschen und ein  
günstiger Zufall brachte ihr diese Gelegenheit auf  
dem Präsidentenstuhl. Natürlich war man ge-  
spannt, sich der Haltung der konstitutionellen  
Rechten bei der jüngsten Abstimmung zu ver-  
sichern. Aber das war nicht so leicht, denn man  
mußte die Namen der „konstitutionellen“ unter  
den drei verschiedenen Rubriken: „Für“, „Wider-  
der“, „Enthaltsamkeit“ zusammenfassen; 13  
Namen standen unter der ersten, 3 unter der zwei-  
ten, 19 unter der dritten, nämlich Herr Pion-  
hat keinen Grund, auf diese Splitter stolz zu  
sein. Der „Temps“ tröstet ihn aber damit, daß  
in den Provinzialblättern jeder Schaulustler drei  
Mal debütiert. Vielleicht löst sich beim zweiten  
Ausreten der Schnitzker zu machen.

Italien.

Rom, 6. März. Man spricht von neuem  
vom Grafen Taverna als künftigen Vizekanzler  
in Berlin; Graf Taverna scheint jetzt mehr zur  
Annahme dieses Postens geneigt zu sein.

Rom, 6. März. (W. T. V.) „Fanfulla“  
will wissen, der italienischen Regierung seien von  
Seiten deutscher Finanzmänner Anerbietungen  
betreffend die Verwertung der italienischen  
Tabakproduktion gemacht worden; man glaube  
jedoch, die Regierung werde diese Offerte nicht  
annehmen.

Großbritannien und Irland.

London, 4. März. (W. T. V.) Während  
die irische Agitation noch alle Gemüther beschäf-  
tigt, glauben auch die Walliser ihre parlamen-  
tarische Unabhängigkeit behaupten zu sollen.  
Wenn die von Mr. Thomas entworfene und von  
18 Abgeordneten des Fürstenthums Wales unter-  
stützte Bill zum Gesetz werden sollte, so würde  
hierdurch mit einem Schlage Homers bei den  
Wallisern eine Tatsache werden. Ihr Volkssch-  
licht, den man als ein wählbares Komitee der  
Grafschaftsräte ansehen kann, würde ihr Abge-  
ordnetenhaus, ihr mit sehr bedeutenden Voll-  
machten ausgestatteter Sekretär den ersten Mi-  
nister für das Fürstenthum vorstellen. Im  
Uebrigen sind ihre Forderungen viel gemäßigter  
als die der irischen Nationalisten, und wenn man  
die große Arbeitsüberhäufung des Londoner  
Zentral-Parlamentes in Betracht zieht, so dürfte  
eine Einrichtung von Landtagen in den größeren  
Provinzen sich wohl als sehr zweckmäßig erweisen.  
Da Balfour drei große Regierungsvorlagen, die  
für die irische Ortsverwaltung, den irischen  
Volkunterricht und das englische Kleingütersystem  
zum großen Verdruss der Radikalen auf einmal  
durchzubringen sucht, wird für die mächtigen  
Ansprüche von Wales wohl nur wenig Raum  
und Zeit verbleiben. Sollte jedoch ein Gladstone-  
sches Kabinet zu Stande kommen, so wird es  
ohne Zweifel diesen Forderungen früher oder  
später Gehör schenken müssen.

Der Herzog von Westminster hat sich end-  
lich entschlossen, in Person an den Wahlschlachten  
in London mit theilzunehmen, und auch er er-  
kennt gern an, daß die Gemeindegemeinden sehr  
schwer auf den ärmeren Vierteln in London lasten,  
doch vermeidet er aus guten Gründen die von  
den Radikalen laut verlangte Besteuerung der  
Grundbesitzer als gerecht anzuerkennen. Lord  
Wemyss gab den Gefühlen der letzteren in einem  
sehr heftigen Angriff auf Lord Rosebery Aus-  
druck, den er wie eine Dufensand des Sozial-  
istischen Wunsches und einen Führer des Londoner  
Anarchisten hinstellte. „Es fehle nur noch“, fügte  
er fastlächelnd hinzu, „daß der Earl Rosebery, mit  
seinem Paarsgewande und einem plebejischen Filz-  
bute bekleidet, sich am 1. Mai an die Spitze des  
Sozialistenzuges stelle.“

Bulgarien.

Je offenkundiger die bösen Absichten Rus-  
lands gegen Bulgarien zu Tage treten, wie diese  
in greller Weise durch die Ermordung Bulfo-  
witsch bezeugt worden sind, desto fester scharen  
sich in Bulgarien alle zusammen, denen das  
Wohl des Landes am Herzen liegt. In es ist  
nach unseren Berichten aus Sofia der Einbruch  
der Ermordung Bulfowitsch auch auf Kreise in  
eigenen Wirkung geblieben, die sich bisher in Bul-  
garien zur Regierung gegenüber verhielten. Um  
so jeltamer ist es, wenn gerade jetzt russische  
Blätter fortsetzen, an Spaltungen in den bul-  
garischen Regierungskreisen glauben zu machen.  
So bringen die „Nowosty“ einen Bericht, der  
nicht nur von einem Zwiespalt zwischen Stambulo-  
w und Grewlow wegen der Freispredung der  
Frau Karawelow und ihrer Genossinnen wissen  
will, sondern auch von einer gegen Stambulo-  
w gerichteten Vereinigung der Konfessionen, der  
Zankowisten und der Anhänger Radostanows zu  
Gunsten des Fürsten erzählt. All dies hat keinen  
anderen Zweck, als daran glauben zu machen,

daß zwischen dem Fürsten und Stambulo-  
w ein Gegensatz bestehe und daß eine gegen Stambulo-  
w gerichtete Parteienvereinigung im Zuge sei. Den  
russischen Kreisen ist die Unerschütterlichkeit der  
Stellung Stambulo-ws seit jeher ein Dorn im  
Auge. Sie glauben, wenn nun erst Stambulo-  
w beiseite wäre, leichteres Spiel in und mit Bul-  
garien haben zu können. So sind denn alle be-  
züglichen Ausstreunungen nicht anderes als der  
Ausdruck von Wunschen. Dabei übersteht man  
an der Rede, daß sich die Verhältnisse in Bul-  
garien schon zu sehr gefestigt haben, als daß die  
Zukunft des Landes auf den beiden Augen  
Stambulo-ws beruhe.

Griechenland.

\*\* Die Lage in Griechenland erscheint dem  
ferner stehenden Beobachter wohl als eine schwie-  
rige, inebeln geben die neuesten Nachrichten aus  
Athen jener Kategorie von Alarmpostitern ent-  
scheidend Unrecht, welche in dem unfeindlichen  
Rücktritt des Ministeriums Delannais schon den  
Anfang vom Ende erkennen wollten. Das per-  
sönliche Eingreifen des Königs in den Gang des  
parlamentarischen Widerstands hat bis jetzt keinerlei  
Störungen nach sich gezogen, das Interimskabinet  
fungiert in angemessener Weise und die Vorberei-  
tungen zur Herstellung eines Ministeriums, wel-  
ches geeignet erscheint, den Bedürfnissen der  
gegenwärtigen Lage als solches zu entsprechen,  
kommen in Fluß. Es versteht sich von selbst, daß  
die Rückkehr eines Kabinetts Delannais unter den  
obwaltenden Umständen ausgeschlossen ist; diese  
Erkenntnis hat sich bis in die Reihen der An-  
hänger des zurückgetretenen Staatsleiters selbst  
Bahn gebrochen und zu einer Gruppenbil-  
dung geführt, welche in einem Kabinet Rally  
die beste Lösung der schwebenden Schwierigkeiten  
erblickt.

Wie bereits mitgeteilt, ist die öffentliche  
Meinung Griechenlands der neuesten politischen Evo-  
lution in Griechenland nicht abhold, vorausgesetzt,  
daß sie zu dem beabsichtigten Zwecke führt. Weniger  
erlaubt ist man von dem Rücktritt des  
Herrn Delannais an der Seine, wo man ja ge-  
wohnt ist, überall, wo die Dinge sich nicht nach  
Wunsch und Willen Frankreichs gestalten, Kon-  
fessionen der Gegner Frankreichs zu wittern.  
Weil man dort mit Herrn Delannais sympati-  
siert, prophezeit man dem selbstständigen Handeln  
des Königs die schwersten Folgen für Thron und  
Land, namentlich in dem Falle, daß bei allge-  
meinen Neuwahlen die Anhänger des entlassenen  
Kabinetts gleich oder gar noch stärker an Zahl  
als der Wählerne hervorgehen sollten. Die aus  
solchen Spekulationen sprechende Tendenz ist zu  
deutlich, als daß sie nicht von denen, die es zu-  
nächst angeht, verstanden und gebührend gewürdigt  
werden sollte.

Athen, 6. März. (W. T. V.) Der neu-  
ernannte Finanzminister Delmeizis ist heute Vor-  
mittag vereidigt worden. Die Ernennung des  
ehemaligen Gefandten in Rom Meletopolus zum  
Minister des Auswärtigen gilt als unmittelbar  
bevorstehend.

Der „Wiener politischen Korrespondenz“  
wird aus Athen autoritativ gemeldet: Die an-  
geleglichen Störungen der Ordnung anlässlich der  
letzten Krise reduzierten sich darauf, daß An-  
hänger von Delannais eine unerhebliche Rundgebung  
veranstalteten, während sich eine bei weitem  
größere Volksmenge in die Nähe des königlichen  
Schlosses begeben hätte, um ihrer Zustimmung  
zu dem Entschlusse des Königs Ausdruck zu geben.  
Seit dem Amtsantritt des neuen Kabinetts sei die  
Ruhe in Athen und im ganzen Lande nicht ge-  
stört worden. Die Ursache der letzten Krise habe  
tatsächlich in Meinungsverschiedenheit zwischen  
dem König und Delannais über staatsfinanzielle  
Maßnahmen gelegen.

Amerika.

Ueber den seiner Zeit telegraphisch gemel-  
deten Militärputsch, welcher am 19. Januar in  
der brasilianischen Festung Santa Cruz unter-  
nommen wurde, kommt aus Rio de Janeiro fol-  
gender Bericht:

Die Festung Santa Cruz, welche an der  
Einfahrt in die Bai von Rio de Janeiro liegt,  
wird auch als Militärgefängnis benutzt. Die  
Soldaten des dort stationierten Artillerie-Bataillons  
haben am 19. Januar unter Führung eines Un-  
teroffiziers und im Verein mit Gefangenen der  
Flotte und des Heeres sich gegen ihre Offiziere  
erhoben, dieselben überwältigt und sich zu Herren  
von Santa Cruz, sowie zwei anderer in der Nähe  
gelegenen Forts, Rio und Lage, gemacht. Als  
Zweck ihres Aufstandes erklärten die Reuterer  
den Rücktritt der gegenwärtigen Regierung und  
die Wiedereinsetzung des Marfchalls Deodoro de  
Fonseca. Ihr Führer, Sergeant Silveira, ant-  
wortete dem ihn zur Unterwerfung auffordernden  
Parlamentarier der Regierungstruppen, daß er nur  
als Organ einer größeren Bewegung, welche auch  
an anderen Punkten des Staates losbrechen würde,  
und in Ausführung eines mit Anderen verabre-  
deten Planes handle. Diese Hoffnungen auf eine  
Unterstützung des Aufstandes von außerhalb der  
Festung sind indes nicht in Erfüllung gegangen;  
die Flotte, sowie die zur Einnahme des Forts  
von der Landseite kommandirten Truppen sind der  
Regierung treu geblieben und am nächsten Tage  
war der Aufstand beendet und die Ordnung wie-  
der hergestellt. Die Einnahme des Forts hat je-  
doch nicht ohne Kampf und Blutvergießen statt-  
gefunden; die Zahl der hierbei Gefallenen soll 20  
und die der Verwundeten eine noch höhere ge-  
wesen sein. Unter den letzteren befand sich auch  
der Führer der Aufständischen, Silveira, der eine  
Kugel in den Kopf erhalten hat. Im Uebrigen  
gerichtet in Rio allgemein die Anschauung, daß  
man es in der That nicht mit einer gewöhnlichen  
Meuterei von Soldaten und Gefangenen zu thun  
hatte, sondern daß der Putsch von Santa Cruz  
wirklich im Zusammenhange mit einer geplanten,  
jedoch nicht zum Ausbruch gelangten, größeren  
Bewegung im Heere gestanden sei.

Unter dem Einbruche dieses Putsches und in  
der ausgesprochenen Absicht, dadurch die Regierung  
zu stärken, hat der National-Kongress am 22. Ja-  
nuar seine außerordentliche Session geschlossen  
und sich bis zum Mai vertagt. Der bezüglich  
Beschlusse war von einem weitgehenden Vertrauens-  
votum beider Häuser der Regierung begleitet, in  
welchem hervorgehoben wurde, daß für Brasilien  
die Achtung vor dem Gesetze und die Aufrechth-  
haltung der Ordnung jetzt die dringendste Noth-  
wendigkeit seien, und in welchem zugleich die Er-  
wartung ausgesprochen war, daß die Regierung  
jeden Versuch, die öffentliche Ruhe zu stören, mit

Strenge bestrafen werde. Dieser Beschluß kenn-  
zeichnet den Einbruch, welchen der Aufstand in  
Santa Cruz auf die politischen Kreise Brasiliens  
gemacht hat, und das Gefühl der Unsicherheit,  
welches bezüglich der Stimmung der Armee und  
der Zukunft des Landes herrscht.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 7. März. Für die Beamtung  
des Verhältnisses der Alters- und Inva-  
lidenrente macht der „Reichs-Anz.“ auf fol-  
gende Punkte aufmerksam. Nach § 75 des Ge-  
setzes vom 22. Juni 1889 (Reichs-Gesetzblatt S.  
97) wird jede der beiden Renten nur auf Antrag  
gewährt. Für den Empfänger einer Altersrente  
wird es sich nur dann empfehlen, den Antrag auf  
Gewährung einer Invalidenrente zu stellen (neben  
welcher die Altersrente fortfallen würde, § 29  
Abs. 2 a. a. D.), wenn die ihm etwa zulebende  
Invalidenrente höher ist als die Altersrente, in  
deren Genuß er sich befindet. Ein unbedingter  
Vorzug der Alters- vor der Invalidenrente liegt  
darin, daß erstere nur entzogen werden kann,  
wenn die Rentenfeststellung wegen gefälschter Ur-  
kunden oder aus ähnlichen Gründen im Wege der  
Wiederaufnahme des Verfahrens aufgehoben wer-  
den muß (§ 82 a. a. D. in Verbindung mit §§  
541 ff. der Zivilprozeßordnung). Abgesehen von  
diesem Ausnahmefall, begibt der Empfänger einer  
Altersrente diese für seine Lebenszeit. Dagegen  
kennt das Gesetz eine Entziehung der Invaliden-  
rente und zwar nach § 33 in dem Falle, daß in  
den Verhältnissen des Empfängers einer solchen  
Rente eine Veränderung eintritt, welche ihn nicht  
mehr als dauernd erwerbsunfähig erscheinen läßt.  
Der Empfänger einer Altersrente wird, bevor er  
einen Antrag auf Gewährung von Invalidenrente  
stellt, gut thun, nach Maßgabe der angebotenen Ge-  
richtspunkte sorgfältig zu prüfen, ob nicht der  
Fortzug der Altersrente für ihn vortheil-  
hafter ist.

In der Tischlereiwerkstatt von Salze,  
Grabow, Langestraße 53, brach heute Vormittag  
Feuer aus, das größeren Umfang anzunehmen  
drohte. In Folge dessen wurde unsere Stettiner  
Feuerwehr gerufen, die denn auch in 1½ Stunden  
den Brand löschte. Das Dach des Hauses ist  
durchgebrannt, ebenso sind die in der Werkstätte  
sich befindlichen Werkzeuge, Bretter u. in den  
Flammen umgekommen. Die Grabower Feuer-  
wehr war während der ganzen Brandzeit nicht  
zu Stelle.

Die diesjährige (14.) Generalversamm-  
lung des Pommerischen Vereins zur  
Ueberwachung von Dampfseisen  
finiet am 21. d. M. im Konzert- und Vereins-  
saal hier selbst statt.

Am 28. vor. Mts. hat sich in Hannover  
ein Rechtshilfsverein deutscher Eisenbahn-  
Verkehrsbeamten gebildet. Derselbe hat  
weit über die Eisenbahnbeamtenkreise hinaus ein  
öffentliches Interesse zu beanspruchen, da er unter  
anderen auch den Zweck verfolgt, auf Verhütung  
von Eisenbahn-Unfällen hinzuwirken. Das Ent-  
stehen des Vereins ist deshalb allseitig mit Freu-  
de zu begrüßen; den Eisenbahnbeamten aber ist  
es geradezu Pflicht, nicht nur in ihrem eigenen  
und in ihrer Angehörigen Interesse, sondern auch  
in demjenigen der Öffentlichkeit, dem Verein bei-  
zutreten, welche dann ihrerseits mitwirken wird,  
das allgemeine Interesse für denselben noch  
zu erhalten. Wir werden auf diese Gelegenheit  
noch näher eingehen, sobald uns die Statuten des  
Vereins vorliegen werden. Vorläufig bemerken  
wir im Interesse unserer Abonnenten aus Eisen-  
bahnkreisen, daß alle Anfragen betreffs des Vereins  
an die Redaktion der „Neuen deutschen Eisenbahn-  
und Verkehrs-Zeitung“ in Hannover, Göttestraße  
Nr. 14, C. zu richten sind.

Das Wohnhaus No. 6, bisher  
dem Herrn Kaufmann Johannes Brause gehörig,  
ist am 3. d. Mts. durch Vermittelung des Herrn  
Albert Potthoff für den Preis von 165,000 Mk.  
in den Besitz des Herrn Kaufmann Julius Glo-  
gauer übergegangen.

Dem Schiffsjungen Anton Bloch aus  
Oberhesseln ist vor einigen Tagen aus dem hie-  
sigen Bahnhofs ein Sack mit Inhalt im Werthe  
von 50 Mark gestohlen. In dem Sack waren  
Bettwäsche, Stiefel, Schuhe, zwei Anzüge, ein  
Handtuch.

Fünf Handelsleute von auswärts befanden  
sich in letzter Nacht in dem Gasthof kleine Ober-  
straße 12 und machten daselbst allerhand ruhe-  
störenden Lärm, sodaß sie der Wirth zur Ruhe  
aufforderte und sie endlich hat, das Lokal zu ver-  
lassen. Jedoch kamen sie der Aufforderung nicht  
nach, drohten vielmehr den Wirth mit einem  
Messer und Schlagring zu schlagen, so daß die  
fünf Leute zum Wächter dann verhaftet wurden.  
Zwei entfrangen, während die übrigen drei Per-  
sonen, Gebrüder Wulff und Domulin, ihren Weg  
zur Kustodie nahmen.

Aus den Provinzen.

Both, 6. März. Die Kommunal-  
steuer für das Etatsjahr 1892—93 ist für  
unser Stadt von 160 auf 150 Prozent herab-  
gesetzt worden.

Vermischte Nachrichten.

(Mordmordersuch.) Am Freitag  
Abend ist in Berlin im Hause Blumenstraße 3  
an der 54 Jahre alten Henriette Faust ein  
Raubmord verübt worden. Die Genannte be-  
treibt in dem genannten Hause eine Wadwaaren-  
Handlung und hatte die Gewohnheit, Abends nach  
Schluß des Respektzweckers ihr Gesicht zu  
schmieren und die Kaffe bis auf etwa 7 Mark  
Wechselgeld in ihr Zimmer mitzunehmen. Die  
letztgenannte Summe blieb in einem Schubladen,  
wenn sie sich an der inneren Seite des Ladentisches  
befand. Am Freitag Abend nun war sie, nach-  
dem sie in der hergebrachten Weise ihre Rasen-  
angelegenheiten besorgt hatte, damit beschäftigt,  
die Kassa zu abschließen, herunterzulassen. In die-  
sem Augenblick trat ein etwa 20 Jahre alter  
Burische mit lautem Pochen an den Eingang.  
Er bat durch die Thür hindurch, ihm zwei  
Schnecken zu verabreichen. Die Frau erwiderte:  
„Die habe ich nicht“, worauf der Unbekannte  
zwei Pflasterlein forderte. Die Ladenthür  
wurde nunmehr geöffnet, und die Frau entnahm  
einem hinter dem Ladentisch angebrachten Spind-  
chen die gewünschten Schnecken. Als sie im Be-



